

Mag. Alexander Schallenberg

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Wien, am 2. Jänner 2023

GZ. BMEIA-2022-0.794.826

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr, MA, MLS, Kolleginnen und Kollegen haben am 2. November 2022 unter der Zl. 12803/J-NR/2022 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „unterhält China ein illegales „Polizeizentrum“ in Österreich?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

- *Wann und auf welchem Wege haben Sie erfahren, dass eine inoffizielle Polizei-„Service“-Station in Wien angesiedelt sein soll?*
- *Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Erkenntnissen der Studie „110 OVERSEAS Chinese Transnational Policing Gone Wild“ der Menschenrechtsorganisation Safeguard Defenders?*
Wenn Sie keine Konsequenzen aus den Erkenntnissen der Studie ziehen, warum nicht?
- *Stehen Sie im Austausch mit Behörden und Organen anderer betroffenen Staaten bezüglich der Vorgehensweise gegen illegale Polizei-„Service“-Stationen?*
Wenn ja, mit welchen?
Welche Schritte sind – im europäischen und im internationalen Kontext – geplant?
Wenn nein, warum nicht?
- *Gibt es auf europäischer Ebene einen Austausch bzw. gemeinsame Aktivitäten gegen illegale Polizei-„Service“-Stationen in Europa?*
Wenn ja, auf welcher Ebene?
Welche Schritte sind geplant?
Wenn nein, warum nicht?

- *Sind Ihnen/Ihrem Ressort andere Eingriffe Chinas in Österreich, über das Polizeistation-Thema hinaus, bekannt?
Wenn ja, welche?
Wenn ja, wie gehen Sie dagegen vor?
Wenn nichts dagegen unternommen wurde, warum nicht?
Tauschen Sie sich darüber mit anderen europäischen Ländern aus und wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
- *Was wurde in Ihrem Ressort/in den nachgeordneten Dienststellen außerdem unternommen, um die Sicherheit chinesischer Staatsbürger*innen in Österreich vor Repressionen aus China zu gewährleisten?
Haben Sie bzw. Ihr Ressort eine Strategie um Einmischungen durch das chinesische Regime in Österreich zu verhindern?
Tauschen Sie sich dazu mit anderen europäischen Ländern aus und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
Wenn nichts unternommen wurde, warum nicht?*

Es ist klare Linie des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA), dass die Versuche anderer Staaten, in Österreich lebende Gemeinschaften in der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten einzuschränken, vollkommen inakzeptabel sind. Verbotene Tätigkeiten fremder Nachrichtendienste oder Polizeibehörden werden wir unter keinen Umständen dulden. Es war deshalb wichtig, dass unmittelbar nach Bekanntwerden des Berichts der Nichtregierungsorganisation „Safeguard Defenders“ und der darauffolgenden medialen Berichterstattung, die zuständigen österreichischen Behörden mit der Prüfung der Vorwürfe begannen. Dieses Thema wurde auch im November 2022 auf EU-Ebene unter anderem im Rat Außenbeziehungen besprochen. Bei den Debatten forderten mehrere EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, eine umfassende Überprüfung dieser Form von chinesischer Einflussnahme, einen besseren Informationsaustausch, eine koordinierte EU-Reaktion sowie auch die Erstellung eines umfassenden Lagebilds zu möglichen illegalen Polizeistationen. Auf Ratsarbeitsgruppenebene wird außerdem derzeit der Arbeitsauftrag aus dem Strategischen Kompass zur Stärkung der Analyse- und Reaktionsfähigkeit der EU in Bezug auf hybride Bedrohungen, einschließlich Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, umgesetzt.

Das Thema der chinesischen Einflussnahme betrifft nicht nur Auslandschinesinnen und -chinesen, sondern auch zahlreiche weitere Bereiche, darunter Medien, Think Tanks, Universitäten, Investitionen in Unternehmen und Infrastruktur, Forschung und Innovation, Standardisierung, Desinformation, Cyber und hybride Bedrohungen. Alle diese Themen werden regelmäßig auf nationaler Ebene (etwa im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe der China-Koordinatoren), auf EU-Ebene im Rahmen der EU-Chinapolitik sowie auch auf multilateraler Ebene gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern besprochen.

3

Das Überprüfen der Existenz illegaler chinesischer Polizeistationen in Österreich sowie die Gewährung der Sicherheit chinesischer Staatsbürgerinnen und -bürger in Österreich vor Repressionen liegt nicht in der Vollziehung meines Ressorts.

Mag. Alexander Schallenberg

